



**Stellungnahme der Deutschen Telekom AG**  
**zur Öffentlichen Konsultation zur Ausgestaltung der Überlassungsentgelte**  
**im Rahmen des zukünftigen Förderprogramms „Mobilfunkförderung“**

Der Mobilfunkausbau in Deutschland wird von den **privatwirtschaftlichen Ausbauplänen der Mobilfunkbetreiber** getragen. Die Telekom ist einer der wesentlichen Akteure dieses Ausbaus. Die Telekom investiert jedes Jahr über EUR 5,5 Mrd. in den Netzausbau in Deutschland – deutlich mehr als alle Wettbewerber. Dazu gehört neben dem ambitionierten FTTH-Ausbauprogramm für die kommenden Jahre der Bau von tausenden neuer Mobilfunkstandorte pro Jahr und Upgrades bestehender Masten.

Dieser privatwirtschaftliche Netzausbau ist im Kern **wettbewerbslich** getrieben. Die Telekom betreibt bereits heute ein hochleistungsfähiges Mobilfunknetz mit ausgezeichneter Übertragungsqualität und **versorgt als einziger Anbieter bereits 98,7 % der Bevölkerung Deutschlands mit LTE**. Allein in den zurückliegenden Wochen hat das Unternehmen über 2.500 Antennen im gesamten Bundesgebiet modernisiert, um den Kunden Mobilfunk-Geschwindigkeiten von bis zu 300 Mbit/s anbieten zu können. Der Wunsch nach mehr Bandbreite bei Smartphone-Nutzern ist weiterhin stark. Diesem Wunsch kommen wir nach und bauen unser Mobilfunknetz weiter mit voller Kraft aus – in ländlichen Regionen wie in Ballungsräumen, sowohl LTE als auch 5G.

Auch beim Ausbau des 5G-Netzes ist die Telekom führend. **Ende März** können bereits mehr als 66 Millionen Menschen im Land - rd. **80 Prozent der Bevölkerung** - das **5G-Netz der Telekom nutzen**. 5G funkt in rund 5.000 Städten und Gemeinden. Wir schrauben daher unser 5G-Ausbaziel nach oben: Bis **Ende 2021 wollen wir 90 Prozent** der Menschen in Deutschland mit 5G versorgen.

Über 50.000 Antennen funken nun bereits mit 5G in ganz Deutschland. Bei 5G kombiniert die Telekom den Ausbau auf zwei Frequenzbändern. Auf der reichweitenstarken 2,1 Gigahertz (GHz)-Frequenz werden hohe mobile Bandbreiten insbesondere in ländliche Gebiete gebracht. Zusätzlich bietet die 3,6 GHz-Frequenz Highspeed 5G dort, wo ein hoher Bedarf an Daten auf kleinem Raum besteht. Diese Frequenz ermöglicht Spitzengeschwindigkeiten von über einem Gigabit pro Sekunde. 5G auf diesem Band bietet die Telekom jetzt in über 30 deutschen Städten an.

Die Telekom ist auch bei der technologischen Weiterentwicklung von 5G führend. Im März gelang den Technikerinnen und Technikern der erste unterbrechungsfreie 5G Standalone Video-Call in Deutschland. Mit 5G Standalone will das Unternehmen zukünftig auch die Infrastruktur im Kernnetz vollständig auf eine neue, cloudbasierte 5G-Architektur umrüsten. Diese Weiterentwicklung von 5G ist die Voraussetzung für neue Einsatzmöglichkeiten wie Network Slicing oder Edge Computing.

Zusätzlich zu diesen wettbewerbslichen Anreizen hat sich die Telekom, wie die anderen Mobilfunknetzbetreiber, zu hohen **Versorgungsaufgaben** verpflichtet, die der Frequenzauktion 2019 zugrunde lagen. Im Mobilfunkgipfel 2018 haben sich die Mobilfunknetzbetreiber zudem zu einem Netzausbau verpflichtet, der sogar noch über diese Auflagen hinausgeht: Die TDG wird bis Ende 2021 99% der Haushalte in jedem Bundesland mit LTE erschließen. Darüber hinaus werden wir mit Vodafone, Telefonica und 1&1 insgesamt 1.400 neue Mobilfunkmasten in weißen Flecken eigenwirtschaftlich errichten.

Schließlich hat sich die Telekom gegenüber einigen Bundesländern (Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen) i. R. von Mobilfunkpakten o. ä. zur eigeninvestiven Errichtung weiterer Standorte in den kommenden Jahren verpflichtet.

Die Telekom begrüßt grundsätzlich die Initiative der Bundesregierung, zur Schließung von Versorgungslücken zusätzlich öffentliche Fördermittel zur Verfügung zu stellen. Aus Sicht der Telekom sind dabei jedoch zwei Dinge von zentraler Bedeutung: Vorrangig ist, dass die TKG-Novelle einen verlässlichen, anreizorientierten Rahmen für private Investitionen in den weiteren Aus- und Aufbau der Mobilfunknetze setzt. Daneben ist das **Förderprogramm so auszugestalten**, dass es **die private Ausbaudynamik nicht bremst**. Die Ressourcen der Netzbetreiber sind durch den geschilderten privatwirtschaftlichen Netzausbau ausgelastet. Das gilt für die zu Verfügung stehenden Investitionsmittel ebenso wie für die personellen Ressourcen zur Ausbauplanung und den Baukapazitäten. Die Netzbetreiber stehen insoweit im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Kapazitäten vor großen Herausforderungen. Der private Mobilfunkausbau wird daher am besten durch ein **Förderprogramm** ergänzt, dass die **Unternehmen beim Netzausbau entlastet**. In keinem Fall sollten Fördermaßnahmen dazu führen, dass in bestehenden Wettbewerb in Form von weitergehenden Regulierungsmaßnahmen eingegriffen wird. Insbesondere kommerzielle Vorgaben müssen deshalb stets eng mit dem Förderprogramm verknüpft sein und dürfen nur solche Bedingungen regeln, die konkret auf den zu fördernden Standort bzw. die Zweckbindungsfrist bezogen sind. Weitergehende Regelungen, wie Vorgaben nach Ablauf der Zweckbindungsfrist außerhalb des Ziels Versorgungslücken zu schließen oder Vorgaben für nicht von der Förderung erfasste Produkte der Standortbetreiber oder Mobilfunknetzbetreiber würden zu einer Verzerrung des wirksamen Wettbewerbs im Mobilfunkmarkt führen und müssen deshalb bei der Umsetzung des Förderprogramms unterbleiben.

Vor diesem Hintergrund nimmt die Telekom zur Ausgestaltung des Überlassungsentgelts im Rahmen des Bundesförderprogramms Mobilfunk und der zugrundeliegenden Studie des WIK wie folgt Stellung:

Entscheidend für den Erfolg des Förderprogramms ist es, dass keine Hürden administrativer beziehungsweise prozeduraler oder finanzieller Art die Mobilfunknetzbetreiber daran hindern, die geförderten Mobilfunkstandorte zu nutzen. Die Kosten für sie müssen so niedrig wie möglich sein, da Einnahmen nicht zu erwarten sind und sich so für die Teilnahme an dem Förderprogramm für die Mobilfunknetzbetreiber erwartbar finanzielle Verluste ergeben und allenfalls strategische Überlegungen für eine Teilnahme sprechen. Dies bestätigt auch die **Kostenstudie des WIK, die einen Verlust von über 100 Mio. Euro pro Jahr in der Förderperiode für die Mobilfunknetzbetreiber erwartet**, wenn alle bislang ermittelten Standorte versorgt werden. Damit aber auch die ausbauenden Unternehmen bzw. Standortbetreiber überhaupt ein Interesse an der Beteiligung an dem Förderprogramm haben, muss für diese sichergestellt sein, dass die Kosten des Ausbaus der passiven Infrastruktur innerhalb der Zweckbindungsfrist zumindest zu 100% gedeckt werden.

Die beim WIK in Auftrag gegebene Studie versucht die Kostendeckung in der Form sicherzustellen, dass für die identifizierten weißen Flecken für alle notwendigen Standorte die durchschnittlichen Kosten der Errichtung und Anbindung des Standorts sowie des Betriebs während der Zweckbindungsdauer errechnet werden. Diese werden in einen Förderanteil von 90% und einen durch die Mobilfunknetzbetreiber zu

tragenden Anteil von 10% aufgeteilt, letztere entsprechend über 7 Jahre der Zweckbindungsfrist verteilt. Diese Vorgehensweise ist aus folgenden grundlegenden Überlegungen jedoch nicht geeignet, die gewünschten Ziele zu erreichen.

- Durch die Aufteilung aller Kosten auf Mobilfunknetzbetreiber und den (geförderten) Standortbetreiber müssen Kostensteigerungen gegenüber dem in der Kostenstudie angenommenen durchschnittlichen Kostenniveau zwingend zwischen dem Mobilfunknetzbetreiber und dem Standortbetreiber „hin- und hergeschoben“ werden. Dies macht das Förderprogramm an den Standorten, die teurer sind als die durchschnittlichen Kosten aus der Studie des WIK, immer für entweder den Mobilfunknetzbetreiber oder den Standortbetreiber unattraktiv. Aufgrund der bereits vor Angebotsabgabe fixierten Entgelte für den Mobilfunknetzbetreiber geht dieser Nachteil grundsätzlich zu Lasten des Standortbetreibers und führt dazu, dass bei der Ausschreibung der Standorte von den Standortbetreibern mutmaßlich keine brauchbaren Angebote abgegeben werden. Dieses Problem lässt sich nur lösen, indem man die **Abhängigkeit des Entgeltes der Mobilfunknetzbetreiber von den eigentlichen Kosten des Standortbaus und der Kostendeckung bei den Standortbetreibern auflöst** (siehe hierzu die Ausführungen unter 1.).
- Die **Logik, die bundesweit durchschnittlichen Kosten für den Standortbau auszurechnen**, würde nur dann Sinn ergeben, wenn bundesweit nur ein Standortbetreiber an dem Aufbau beteiligt wäre. Nur dann kann er in seiner eigenen Betrachtung einen vergleichbaren bundesweit durchschnittlichen Kostenwert errechnen. Dies ist jedoch nicht vorgesehen und daher unrealistisch. Vielmehr ist davon auszugehen, dass verschiedene Standortbetreiber einen bestimmten Anteil der Standorte ausbauen. Genau für die von einem Standortbetreiber ausgebauten Standorte muss sich aber eine Kostendeckung ergeben. Dies wäre nur dann der Fall, wenn auch für alle Standortbetreiber, für die jeweils von ihnen ausgebauten Standorte insgesamt die durchschnittlichen Kosten genauso hoch wären, wie bei einer bundesweiten Betrachtung. Dies **entspricht nicht der Realität, in der die Kosten für den Standortbau von vielen Faktoren abhängen und nicht miteinander vergleichbar** sind. Dieser Realität muss das Förderprogramm mit einer **Kompensation des Aufwands des Standortbetreibers** durch Aufstockung der Förderung bis zu den tatsächlichen Kosten pro Standort **ggf. bis auf 100%** gerecht werden. (siehe hierzu unter 2.)
- Die **Kostenstudie unterschätzt die durchschnittlichen Kosten** für den Standortbau und kann deshalb **keine gute Grundlage für die Festlegung von Entgelten** darstellen. (siehe hierzu unter 3.)
- Viele **Details des Förderprogramms sind noch unklar** und machen die in Auftrag gegebene Studie des WIK, die deshalb auf rein theoretischen Annahmen basiert und weder topografische Daten noch Versorgungsverpflichtungen berücksichtigt, zur Ermittlung der Kosten viel zu ungenau und damit unbrauchbar. **Insbesondere die Festlegung des Übergabepunktes** wird in der Studie nur sehr theoretisch betrachtet und **lässt die wirtschaftlichen und technischen Realitäten unbeachtet**. Vor dem Start des Förderprogramms müssen zwingend weitergehende Festlegungen getroffen werden, wie der Verkehr vom Standortbetreiber an die Mobilfunknetzbetreiber übergeben werden kann (siehe hierzu unter 4.).

## 1. Interessen der Mobilfunknetzbetreiber

### a) Zu erwartende Einnahmen und Ausgaben für die Teilnahme am Förderprogramm

Für die Mobilfunknetzbetreiber dürften die für das Förderprogramm identifizierten Standorte in der Regel wirtschaftlich nicht interessant sein, weshalb eine Anmietung von eigenwirtschaftlich finanzierten Standorten in der Regel nicht in Frage kommt (und es somit im Vorfeld auch nicht zur eigenwirtschaftlichen Erschließung solcher Standorte kommt). Diese Kosten müssen also entsprechend reduziert werden. Dies erkennt auch die Kostenstudie des WIK entsprechend an. In der Folge geht sie davon aus, dass vor allem strategische Gründe für die Teilnahme an dem Förderprogramm sprechen. Angenommen wird, dass Mobilfunknetzbetreiber ihren Marktauftritt verbessern könnten, wenn mit einer flächendeckenden Verfügbarkeit der Mobilfunkdienste geworben werden könnte. Diese Annahme ist jedoch äußerst ungenau und vage und wird folgerichtig in der Studie auch nicht quantifiziert. Jedenfalls ist anzumerken, dass der Markenwert nur dann relevant gestärkt würde, wenn die Netzabdeckung aus Endkundensicht ein Differenzierer ist und bleibt. Grundsätzlich wird das **Förderprogramm** in diesem Punkt jedoch bereits **unweigerlich zu Wettbewerbsverzerrungen** zulasten des Marktführers Deutsche Telekom führen. Darüber hinaus nennt die Studie die für Mobilfunknetzbetreiber „drohenden“ Versorgungsaufgaben im Rahmen einer neuen Frequenzvergabe 2025 als möglichen Treiber einer Nutzung der geförderten Standorte. Auch dieser Vorteil wird jedoch nicht weiter quantifiziert. Zusätzliche Einnahmen von Endkunden können für beide Vorteile nicht angenommen werden. Ermittelt sind hingegen bereits jetzt die Capex- und Opex-Aufwände der MNOs für die Nutzung der geförderten Standorte.

Mit entsprechenden Zahlen sind auch die geschätzten Kosten für eine Nutzung des Standortes mit aktiver Technik für den Mobilfunknetzbetreiber in der Studie hinterlegt. Für die entsprechenden Ergebnisse sind die Grundlagen und Berechnungen nicht in der Studie dargestellt und deshalb nicht nachvollziehbar. Aus Sicht der Deutschen Telekom unterschätzt das WIK die Kosten, da bereits falsche Grundannahmen getroffen werden. So wird für den Transport ein Preis für unbeschaltete Glasfaser angesetzt, obwohl in vielen Fällen zumindest zum Teil auch werthaltigere Produkte, wie beispielsweise Mietleitungen, genutzt werden. Selbst wenn man annimmt, dass diese Kosten korrekt ermittelt wären, stehen äußerst unsicheren Vorteilen der Mobilfunknetzbetreiber bei der Teilnahme am Förderprogramm sichere **Kosten für die Nutzung der Standorte in substanziellem Umfang** gegenüber.

Rein wirtschaftlich ergibt sich damit für die Mobilfunknetzbetreiber zunächst kein Anreiz zur Nutzung der geförderten Masten. Dennoch haben die MNOs bereits erklärt, bei entsprechender Ausgestaltung des Programms grundsätzlich einen Beitrag zum Erfolg desselben zu leisten. Ganz wesentlich wird der Erfolg davon abhängen, dass **mit der TKG-Novelle eine stimmige Balance** hergestellt wird zwischen ausgewogenen Frequenz- und Regulierungsinstrumenten zur Stärkung von Markt und Wettbewerb sowie dem flankierenden Förderprogramm andererseits. Einen wesentlichen Erfolgspfeiler innerhalb des Förderprogramms stellen die von den MNOs zu tragenden Kosten dar. Dem muss das Förderprogramm bei der Festlegung der Überlassungsentgelte zu geförderten Standorten noch deutlicher Rechnung tragen.

Daraus folgt, dass das jährliche Überlassungsentgelt für die Mobilfunknetzbetreiber sehr niedrig oder bei null liegen müsste, um eine Teilnahme überhaupt annähernd kostendeckend zu gestalten.

b) Zeitpunkt des Vorvertrags bestimmt die Kosten des Mobilfunknetzbetreibers

Die Entgelte, die ein Mobilfunknetzbetreiber in den ersten sieben Jahren an den Standortbetreiber zu zahlen hat, müssen darüber hinaus bereits zum Zeitpunkt der Verpflichtung des Mobilfunknetzbetreibers im Vorvertrag nach Ziffer 7.2 (9) der Förderrichtlinie feststehen. Nur so kann der Mobilfunknetzbetreiber einschätzen, welche Gesamtkosten durch seine Verpflichtung auf ihn zu kommen. Aus gleichem Grund müssen bereits auch der Standort des Übergabepunktes und die für den Transport vom Übergabepunkt zum Netz des Mobilfunknetzbetreibers notwendigen Produkte und die diesbezüglich ggf. abzuschließenden Verträge feststehen. Dies ist angesichts der Tatsache, dass diese Frage ggf. auch schon den Abschluss von Verträgen des MNO mit dritten Glasfasernetzbetreibern erfordert, ein von hohen administrativen beziehungsweise prozesstechnischen Aufwänden und rechtlichen Unsicherheiten geprägtes Vorgehen. Diese Aspekte erhöhen ebenfalls die Aufwände für die Nutzung der geförderten Masten. Auch diese Bestimmung der Förderrichtlinie spricht daher für ein sehr niedriges jährliches Nutzungsentgelt für den Standort.

c) Mögliche Reduzierung des Nutzungsentgelts auf Null

Die zuvor dargestellten Gründe sprechen eigentlich für eine Reduzierung des Nutzungsentgeltes für die Mobilfunknetzbetreiber auf null. Dies hätte die höchste Anreizwirkung für die Mobilfunknetzbetreiber. Allerdings argumentiert die Studie des WIK bei der Festlegung des Entgeltes damit, dass das Nutzungsentgelt die verbleibenden 10% der nicht geförderten Kosten des Standortbetreibers decken soll. Bei einer Reduzierung des Entgeltes auf null könnte dieser Zweck nicht erfüllt werden. Allerdings stehen zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vorvertrags mit der hierfür zuständigen Stelle die tatsächlichen Kosten des jeweiligen Standortes überhaupt nicht fest. Dies zeigt bereits, dass das **Nutzungsentgelt nichts mit den Kosten des jeweiligen Standortbetreibers zu tun hat**, sondern allenfalls einen festen ggf. symbolischen Beitrag zur Deckung der Kosten des Standortes darstellen kann, wenn man auf eine Reduzierung auf null verzichten will, um den möglichen aber unsicheren Vorteilen der Nutzung durch die Mobilfunknetzbetreiber einen Wert zu geben.

Richtig ist die Feststellung des WIK, dass „die Festlegung eines Überlassungsentgeltes Transaktionskosten sparen kann“.<sup>1</sup> Die gleichzeitige Annahme des WIK, das Nutzungsentgelt würde sämtliche Kosten der Standortbetreiber decken, ist aber wie oben dargestellt schlicht falsch. Denkbar wäre eine Festlegung des Nutzungsentgeltes, welches sich an den vom WIK ermittelten ungefähren Kosten orientieren kann bzw. als Ausgangspunkt für eine Festlegung dient. Es spricht aber deutlich mehr dafür, den Beitrag der Mobilfunknetzbetreiber in Form eines jährlichen **Nutzungsentgeltes für die geförderten Standorte vollständig kostenunabhängig festzulegen**. Da aber die Höhe des Entgeltes die Nachfrage nach einer Nutzung der Standorte

---

<sup>1</sup> WIK, Studie über Überlassungsentgelte und Übergabepunkte (S. 34)

beeinflusst, sollten nachfrageerhöhende und nachfragesenkende Faktoren bei der Festlegung der Entgelte berücksichtigt werden.

d) Besiedlungsdichte als Parameter für die Höhe des Entgeltes

Betrachtet man die mögliche Versorgung weiterer Endkunden als möglichen – aber nicht quantifizierbaren – Vorteil für die Mobilfunknetzbetreiber, so könnte das Nutzungsentgelt bei einer Unterschreitung der durchschnittlichen Anzahl von Haushalten, die durch einen geförderten Standort versorgt werden, entsprechend reduziert werden, um den Anreiz für die Mobilfunknetzbetreiber zu erhöhen.

e) Anbindungslänge an den Übergabepunkt als Parameter für die Höhe des Entgeltes

Liegt der Übergabestandort sehr weit vom Netz des Mobilfunknetzbetreibers entfernt, senkt dies den Anreiz für den Mobilfunknetzbetreiber. Das WIK stellt richtigerweise fest, dass dies auf die Förderung des Standortes keine Auswirkung hat<sup>2</sup>. Da es aber die Entscheidung des Mobilfunknetzbetreibers über eine Nutzung des Masten maßgeblich beeinflusst, sollten hohe Kosten des Mobilfunknetzbetreibers für die Anbindung zwischen seinem Netz und dem festgelegten Übergabepunkt bei der Festlegung des Nutzungsentgeltes zu einer entsprechenden weiteren Reduzierung des Entgeltes führen.

f) Möglichkeit der längeren Nutzung des Standortes

Ein Anreiz zur Nutzung eines Standortes dürfte dann sinken, wenn eine Anschlussnutzung nach 7 Jahren nur unter hohen Kosten realisierbar ist. Die Annahme des WIK, bei Abschluss eines Standortvertrags würde grundsätzlich auch für die Zeit nach der Zweckbindung ein wirtschaftlich ausgeglichener Vertrag abgeschlossen, ist nicht begründet. Zwar kann dies sowohl für den Standortbetreiber als auch für den Mobilfunknetzbetreiber den Anreiz für eine Teilnahme am Förderprogramm erhöhen, zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Teilnahme wissen jedoch beide nicht, wie die entsprechenden Konditionen aussehen. Der Mobilfunknetzbetreiber kennt zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vorvertrags nicht den Standortbetreiber, der den Zuschlag bekommt und der Standortbetreiber weiß zum Zeitpunkt der Teilnahme an der Ausschreibung für die Förderung nicht, ob er den Zuschlag erhält. Für die Anreizwirkung des Nutzungsentgeltes verhält sich dieser Aspekt insofern weder verstärkend noch verhindernd und kann als reduzierender oder erhöhender Aspekt außer Acht bleiben. Allerdings kann die Stelle, die mit der Durchführung des Vorverfahrens beauftragt wurde, die Bedingungen für eine – politisch gewollte – möglichst lange Nutzung durch die Mobilfunknetzbetreiber verbessern, indem sie mögliche Verhandlungen zwischen Standortbetreiber und Mobilfunknetzbetreiber moderiert, sofern dies von beiden Seiten gewünscht wird. Dabei sollte für die Vereinbarung eines Nutzungsentgeltes ab dem 8. Jahr berücksichtigt werden, dass bereits eine Förderung der Investitionen erfolgt ist.

### Fazit für die Festlegung eines Nutzungsentgeltes für die Mobilfunknetzbetreiber

---

<sup>2</sup> WIK, Studie über Überlassungsentgelte und Übergabepunkte (S. 35)

Aus Sicht der Deutschen Telekom spricht grundsätzlich nichts gegen die Erhebung eines anreizorientierten Beitrags zu den Kosten des Standorts von den Nutzern, um die möglichen Vorteile der Mobilfunknetzbetreiber auszugleichen. Dieser sollte pro Standort einen Betrag von jährlich 2000 Euro ggf. abzüglich eventueller anreizorientierter Absenkungen des Betrags nicht übersteigen. Zusätzliche Faktoren für eine Absenkung des Nutzungsentgeltes sollten entsprechend dem politischen Ziel der möglichst weitgehenden Erschließung der weißen Flecken und der Nachfrage der Netzbetreiber auf Basis der Besiedlungsdichte und der Anbindungskosten für die Mobilfunknetzbetreiber festgelegt werden.

## 2. Interessen des Standortbetreibers

Aus Sicht der Standortbetreiber ist entscheidend, dass die Aussicht besteht, mit dem geförderten Mobilfunkmast über dessen Nutzungsdauer einen angemessenen Gewinn erzielen zu können. Nur die Tatsache „kein wirtschaftliches Risiko“ einzugehen, dürfte für die Standortbetreiber kaum ausreichend Anreiz bieten, denn aufgrund äußerst knapper Kapazitäten für den Ausbau dürften die Opportunitätskosten der Standortbetreiber, die ja parallel zum Förderprogramm auch eigenwirtschaftlich errichtete andere Standorte der Mobilfunknetzbetreiber bauen müssen, die wesentliche Rolle für die Teilnahme an den geförderten Ausschreibungen spielen. Diese Opportunitätskosten spielen bei der Kostenbetrachtung des WIK überhaupt keine Rolle und zeigen damit eine weitere Schwäche der Studie auf. Diese dürften im Regelfall auch den vom WIK angenommenen Effekt übersteigen, dass Standortbetreiber auch auf eine Marge verzichten, „um sich besser am Markt positionieren zu können.“<sup>3</sup> Dies gilt im Besonderen für die gesellschaftsrechtlich mit Mobilfunknetzbetreibern verbundenen Standortbetreiber, denn gerade für diese besteht ein hoher Druck, zunächst die Standorte für die Ausbauverpflichtungen der Mobilfunknetzbetreiber zu bauen. Es spricht also viel dafür, dass – entgegen der Annahme des WIK - für eine Teilnahme von ausreichend Standortbetreibern an dem Förderprogramm ein starker monetärer Anreiz bestehen muss. Dieser sollte so aufgeteilt werden, dass während der Zweckbindungsfrist von 7 Jahren die Kosten des Standortes zu 100% gedeckt werden können und nach Ablauf der 7 Jahre eine möglichst sichere Gewinnaussicht für den Standortbetreiber besteht.

### a) Anreize des Standortbetreibers innerhalb der Zweckbindungsfrist

Voraussetzung für eine Teilnahme an dem Programm ist zunächst, dass der Standortbetreiber in der Zeit der Zweckbindungsfrist seine Kosten zu 100% decken kann. Wie unter a) schon dargelegt, kann das Nutzungsentgelt, welches die Mobilfunknetzbetreiber zahlen, einen Beitrag hierzu leisten. Dieses kann jedoch nach den Ausführungen unter 1) gegebenenfalls zur Erhöhung der Anreizwirkung für die Mobilfunknetzbetreiber reduziert werden oder aber die tatsächlichen Kosten des Standorts übersteigen die durchschnittlichen Standortkosten. In beiden Fällen reicht das Nutzungsentgelt nicht aus, um die nichtgeförderten 10% der Standortkosten zu decken. Dieser Effekt entsteht dadurch, dass die Anreizwirkung für die Mobilfunknetzbetreiber – unabhängig von den Kosten des jeweiligen Standortes - möglichst hoch sein soll. Um hierdurch aber nicht auch

---

<sup>3</sup> WIK, Studie über Überlassungsentgelte und Übergabepunkte (S. 11)

das Interesse der Standortbetreiber aufs Spiel zu setzen, muss die Kostendeckung in diesen Fällen durch eine Erhöhung der Förderquote – auch auf 100% der Kosten - sichergestellt werden.

Die Förderrichtlinie sieht eine Erhöhung der Förderung auf 99% ohnehin in begründeten Fällen vor. Diese Flexibilität ist gut, sollte aber **auch eine 100%ige Förderung vorsehen, wenn dies notwendig** ist, um einen Standortbetreiber für den konkreten Standort zu finden und dies bei einer 99%igen Förderung nicht möglich ist. Ein begründeter Fall für diese Erhöhung liegt standortbezogen in den Fällen vor, in denen eine Kostendeckung in den ersten 7 Jahren auch unter Beachtung der zusätzlichen Einnahmen aus den Nutzungsentgelten nicht sichergestellt werden kann. Zusätzliche Einnahmen nach Ablauf der Zweckbindungsfrist sollten allein dem Anreiz für die Standortbetreiber dienen und nicht bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeitslücke berücksichtigt werden.

Neben der entsprechenden Erhöhung der Förderquote kann die mit der Durchführung des Förderverfahrens beauftragte Stelle weitere Anreize schaffen, die eine Teilnahme am Förderprogramm auch für die Standortbetreiber attraktiv machen und damit die Opportunitätskosten senken. Von besonderer Bedeutung sind dabei für die Dauer der Zweckbindungsfrist vorab festgelegte laufende Kosten. Deshalb muss im Rahmen des Förderprogramms gewährleistet sein, dass insbesondere die Kosten für Grundstücke, die zur Errichtung der Masten genutzt werden, bereits vorab feststehen. Hier kommt der mit der Durchführung des Vorverfahrens beauftragten Stelle eine besondere Verantwortung für die Absicherung dieser laufenden Kosten zu. Grundsätzlich sollten vorrangig Grundstücke im Besitz oder Eigentum der öffentlichen Hand (des Bundes, der Bundesländer oder kommunale Liegenschaften) als Standorte genutzt werden. Diese müssen für das Förderprogramm entgeltfrei zur Verfügung gestellt werden. Dies kann und muss ein wichtiger Beitrag der öffentlichen Hand zur Versorgung der weißen Flecken sein. Bei der Auswahl eines geeigneten Standortes muss zudem bereits sichergestellt werden, dass der (private) Eigentümer des entsprechenden Grundstückes bereit ist, dieses über einen möglichst langen Zeitraum, der die Zweckbindungsfrist nicht unterschreiten darf, bereitzustellen und die Kosten hierfür vorab zu fixieren. Dies dürfte die Entscheidung für eine Teilnahme deutlich erleichtern.

Auch die Nutzung des Standortes durch mehrere Mobilfunknetzbetreiber ist ein Aspekt, der die Teilnahme am Förderprogramm für die Standortbetreiber attraktiver macht. Auch dies spricht für die unter 1) vorgeschlagene Lösung eines kostenunabhängigen, aber anreizbezogenen Nutzungsentgelts.

#### b) Anreize des Standortbetreibers nach der Zweckbindungsfrist

Je konkreter die Gewinnaussichten nach der Zweckbindungsfrist für den Standortbetreiber sind, desto höher ist der Anreiz, sich auch an der Ausschreibung zu beteiligen. Die mit der Durchführung des Förderverfahrens beauftragte Stelle kann dies durch geeignete Maßnahmen unterstützen.

Wie auch schon während der Zweckbindungsfrist ist die langfristige Absicherung der laufenden Kosten des Standortbetreibers ein entscheidender Aspekt für die Attraktivität. Bei der Auswahl der geförderten Standorte muss deshalb darauf geachtet werden, dass es für den Standortbetreiber möglich ist, langfristige Miet- oder Pachtverträge abzuschließen oder das Grundstück entsprechend zu erwerben. Auch hier gilt: Öffentliche Liegenschaften (Bundes, Landes- und



Kommunalliegenschaften) sind zu bevorzugen und müssen langfristig kostenlos zur Verfügung stehen.

Daneben kann die mit der Durchführung des Verfahrens beauftragte Stelle, wie oben bereits dargestellt, den Prozess zum Abschluss von Anschlussnutzungsverträgen durch eine mögliche Moderation unterstützen, sofern die Beteiligten dies wünschen.

Eine weitere Festlegung von Nutzungsbedingungen sollte im Sinne einer möglichst marktnahen Verhandlung jedoch für die Zeit nach der Zweckbindungsfrist nicht im Rahmen des Förderprogramms erfolgen. Die Förderrichtlinie regelt den Verhandlungsrahmen bereits in Ziffer 4.2 ausreichend.

#### **Fazit für die Festlegung eines Nutzungsentgeltes aus Sicht des Standortbetreibers**

Da das Nutzungsentgelt wie dargestellt aus Sicht des einzelnen Standortbetreibers nie eine Kostendeckung garantieren kann, ist eine Abhängigkeit von den – wie auch immer berechneten - durchschnittlichen Kosten eines Standortes nicht geeignet für die Festlegung des Nutzungsentgeltes für die Mobilfunknetzbetreiber. Vielmehr muss für den Standortbetreiber über eine flexible Förderung sichergestellt werden, dass 100% der Kosten, die für die Errichtung und Anbindung und den Betrieb des Standortes während der Zweckbindungsfrist anfallen, gedeckt werden. Die langfristige Absicherung der laufenden Kosten des Standortes kann die Teilnahme von Standortbetreibern an der Ausschreibung deutlich unterstützen.

### **3. Kritikpunkte an der Kostenstudie des WIK**

Die **Annahmen** zu den Investitionskosten für die Errichtung und Anbindung eines Standorts mit Strom und Glasfaser (im Folgenden als Investitionskosten bezeichnet) **unterschätzen die realistisch zu erwartenden Investitionskosten** jedoch massiv. **Insbesondere die Kosten der Herstellung eines Strom- und Glasfaseranschlusses** sind bei Standorten in sehr ländlichen Regionen, wie sie im Rahmen des Förderprogramms benötigt werden, hoch. Die Kosten zur Herstellung eines Stromanschlusses sind entgegen der Annahme in der WIK-Studie vollständig vom Standortbetreiber zu zahlen. Dieser Hauptkostentreiber wird in der WIK-Studie vollkommen vernachlässigt. Auch deshalb ist zu erwarten, dass die durchschnittlichen Investitionskosten der geförderten Standorte signifikant über den in der WIK-Studie angenommenen Werten liegen.

Abgesehen davon, dass die Investitionskosten für die Förderstandorte insgesamt auf einem deutlich höheren Niveau liegen werden als in der WIK-Studie angenommen, **variieren die Errichtungskosten auch deutlich zwischen einzelnen Standorten**. Aus diesem Grund ist ein **pauschales Überlassungsentgelt nicht geeignet**, um einen Eigenanteil von bis zu 10 Prozent der gesamten Ausgaben über die ersten sieben Jahre abzudecken.

Die Errichtungskosten eines Mobilfunkmasts hängen von verschiedenen Faktoren ab und sind somit häufig nicht miteinander vergleichbar. Insgesamt sind **fünf Faktoren als maßgebliche Kostentreiber** bei Schätzung der Investitionskosten zu berücksichtigen:

- a) Die Gründung

Die Gründung stellt den Übergang zwischen Mobilfunkmast und Boden dar und ist für die Standsicherheit eines Mobilfunkmasts entscheidend. Die Ausprägung der Gründung variiert in Abhängigkeit der Beschaffenheit des Bodens und ist daher individuell für jeden Standort zu planen. Je nach den örtlichen Erfordernissen können die Gründungskosten an einzelnen Standorten **um mehrere 10.000 Euro schwanken**.

b) Zuwegung/Baustraße

Für die Investitionskosten eines Standortes ist zudem entscheidend, wie gut oder schlecht das Grundstück, auf dem der Mast stehen soll, erreichbar ist. Baumaterialien und Gerätschaften müssen zum Standort transportiert werden können. In der Regel muss hierfür eine Baustraße entweder neu angelegt oder bestehende Wege ertüchtigt werden. Je länger eine neu anzulegende oder eine zu erweiternde Baustraße ist, umso höher sind die entsprechenden Kosten.

c) Strom

Wie oben bereits erläutert, wird ein **Stromanschluss, entgegen der Annahmen in der WIK-Studie, vollständig auf Rechnung des Standortbetreibers** hergestellt. Eine synergetische Verlegung von Glasfaser und Strom ist nur in einigen Fällen möglich. Das örtliche Energieversorgungsunternehmen wird vom Standortbetreiber mit der Herstellung eines Anschlusses beauftragt. In ländlichen Regionen liegen Bestandsnetze der Energieversorgungsunternehmen im Normalfall wesentlich weiter entfernt als bei anderen Standorten (die i. d. R. mehr Haushalte versorgen). Aus diesem Grund ist bei der Versorgung weißer Flecken mit deutlich höheren Erschließungskosten für Strom zu rechnen als bei anderen Mobilfunkstandorten.

d) Auflagen aus der Baugenehmigung

Für Maststandorte im Außenbereich, wie sie zur Versorgung der weißen Flecken erforderlich sein werden, sind in der Regel Baugenehmigungen auf Basis von §35 BauGB erforderlich. Hieraus ergeben sich **Ausgleichsmaßnahmen für den Natur- und Umweltschutz**, die ein Standortbetreiber realisieren muss. Die konkreten Maßnahmen (und die damit einhergehenden Kosten) hängen unter anderem von dem Gebiet ab, in dem der Standort gebaut wird, sowie von der Höhe des geplanten Masts.

e) Glasfaser

Wie in der WIK-Studie dargelegt, erhöht der Glasfaseranschluss die Baukosten für den Standortbetreiber enorm. Da die förderfähigen weißen Flecken noch zu bestimmen sind, kann die WIK-Studie noch nicht die tatsächlich förderfähigen Gebiete untersucht haben. Entsprechend kann die Kalkulation nur eine grobe Annäherung an die tatsächlichen Distanzen und damit die realistischen Kosten für die Glasfaseranbindung sein. Es ist wahrscheinlich, dass diese Schätzung vor allem bezüglich der Distanz zum nächsten Glasfasernetz die Realität der geförderten Standorte nicht widerspiegelt. Hier ist also **von einer großen Ungenauigkeit auszugehen**, die erhebliche Auswirkungen auf die vorgeschlagenen Überlassungsentgelte in den Clustern hat.

**Fazit zu den Berechnungen der WIK-Kostenstudie**

Die Investitionskosten für den Bau eines Mobilfunkstandorts (inklusive Anbindung) werden in der WIK-Studie deutlich unterschätzt. Zudem unterscheiden sich die Investitionskosten einzelner Standorte stark voneinander – unabhängig von der Länge der Glasfaseranbindung. Insbesondere die erheblichen Kosten der Herstellung eines Stromanschlusses vernachlässigt die Studie vollständig. Einnahmen von 2.156 Euro jährlich werden daher nicht ausreichen, um 10 Prozent aller Ausgaben in den ersten sieben Jahren zu decken.

---

#### 4. Anmerkungen zum Übergabepunkt

Die Kostenstudie des WIK beinhaltet auch Hinweise und Untersuchungen zur Festlegung des geeigneten Übergabepunktes zwischen den geförderten passiven Infrastrukturen des Standortbetreibers und den Netzen der jeweiligen Mobilfunknetzbetreiber. Diese **Festlegung des Übergabepunktes ist ein zentraler Bestandteil sowohl bei der Entscheidung** über die Nutzung der geförderten Masten durch die **Mobilfunknetzbetreiber**, aber auch bei der Entscheidung für eine Teilnahme des **Standortbetreibers**.

Für die **Mobilfunknetzbetreiber** bestimmt die Lage des Übergabepunktes die Kosten der Anbindung an sein Netz und damit – wie auch vom WIK dargestellt - einen **erheblichen Anteil der zusätzlich vom Mobilfunknetzbetreiber zu tragenden Kosten bzw. Verluste** bei Nutzung eines Standortes. Für den Standortbetreiber erhöhen sich, bei einem für den Mobilfunknetzbetreiber günstigen Übergabepunkt, aber durch einen entsprechend längeren Weg ggf. die Kosten für die Anbindung zum Mast.

Idealerweise liegt der Übergabepunkt günstig für alle beteiligten Mobilfunknetzbetreiber und den Standortbetreiber. In der Praxis ist ein solcher, für alle Beteiligten gleich attraktiver Übergabepunkt jedoch nicht zu finden, da es wie dargestellt widerstreitende Interessen gibt. Diese führen schlimmstenfalls dazu, dass die Nutzung oder der Bau des Standortes für die interessierten Parteien zu unattraktiv wird.

Schon bei der Auswahl des Übergabepunktes muss also ein geeignetes Verfahren gefunden werden, dass diesen Interessenausgleich ermöglicht (siehe dazu die Ausführungen unter 4. a)). Darüber hinaus führt die **Beteiligung weiterer Vertragspartner für die Realisierung des Übergabepunktes in dem Glasfasernetz eines Dritten und die Anbindung an die Netze der Mobilfunknetzbetreiber zu administrativen und prozeduralen Hürden**, die schon bei der Auswahl dieser Partner berücksichtigt werden müssen (siehe dazu die Ausführungen unter 4. b)). Darüber hinaus gibt es technische und praktische Aspekte, die die Wahl eines geeigneten Übergabestandortes beeinflussen (siehe dazu die Ausführungen unter 4. c)).

a) Vorschlag für einen geeigneten Übergabepunkt erfolgt durch Mobilfunknetzbetreiber

Wir teilen die Einschätzung des WIK, dass die **Kosten der Anbindung aus Sicht des Mobilfunknetzbetreibers** einen ganz **entscheidenden Anteil an seinen eigenen Kosten** für die Nutzung der geförderten Masten darstellen können. Wir schätzen diesen Anteil sogar nominell und auch prozentual noch höher ein als das WIK. Um den Anreiz für die Mobilfunknetzbetreiber zu

erhöhen, müssen die Förderbedingungen eine Reduzierung dieser Kosten und damit einen Übergabepunkt möglichst nah am Netz des jeweiligen Mobilfunknetzbetreibers unterstützen. Bei der Festlegung des Übergabepunktes sind dabei nicht nur die Kosten zwischen dem Mobilfunkstandort und dem Übergabepunkt, sondern die Gesamtkosten der Anbindung zwischen Mobilfunkstandort und dem Netz der Mobilfunknetzbetreiber zu betrachten. Eine solche Betrachtung kann dazu führen, dass es die **wirtschaftlichste Lösung ist, für jeden Mobilfunknetzbetreiber eine eigene Anbindung und damit einen eigenen Übergabepunkt zu realisieren.**

Die Lage des Übergabestandortes muss bereits zum Zeitpunkt des Vorvertrags für den Mobilfunknetzbetreiber klar sein, damit dieser die weiteren Kosten, die ihm für die Nutzung der geförderten Masten entstehen, vollständig kalkulieren kann. Das WIK unterstellt hierfür für die Anbindungskosten grundsätzlich die Anmietung von Dark Fiber. Oftmals werden die beteiligten Mobilfunknetzbetreiber jedoch auf andere Anbindungslösungen zurückgreifen, z. B. bereits im Markt etablierte Mietleitungsangebote verschiedener Festnetzanbieter zu höheren Preisen, weil diese besser geeignet sind, die Anbindung zu realisieren. Der Mobilfunknetzbetreiber muss deshalb im Rahmen des Vorverfahrens ein Vorschlagsrecht für den aus seiner Sicht geeignetsten Standort haben. Wenn die Vorschläge der beteiligten Mobilfunknetzbetreiber für einen gemeinsamen Übergabepunkt zu weit auseinanderliegen, kann es – wie oben dargestellt auch sein, dass mehrere Übergabepunkte in einer Gesamtbetrachtung des Standorts die wirtschaftlichere Lösung darstellen. In diesem Fall müssten – soweit nötig – durch den Standortbetreiber auch getrennte Anbindungen an den Mobilfunkstandort erfolgen, die insgesamt in die Kalkulation der Wirtschaftlichkeitslücke einfließen und als solche mit gefördert werden. Den Mobilfunknetzbetreibern muss nach einem möglichen Alternativvorschlag durch die mit dem Vorverfahren beauftragte Stelle erneut die Möglichkeit offenstehen, sich für die Nutzung des geförderten Mastes zu entscheiden oder diese für den relevanten Standort abzulehnen.

Da bei Abschluss des Vorvertrags der Standortbetreiber noch nicht feststeht, kann ein Interessenausgleich mit diesem nicht gleichzeitig stattfinden. Allerdings ist die Anbindung zwischen dem im Vorverfahren festgelegten Übergabepunkt/den Übergabepunkten und dem neuen Mobilfunkstandort Teil der geförderten Infrastruktur. Für den Standortbetreiber ist deshalb die Festlegung des Übergabepunktes/der Übergabepunkte eher ein Planungsparameter bei der Abgabe seines Angebotes als sein eigenes Interesse.

b) Auswahl des Übergabepunktes kann zu administrativen und finanziellen Hürden führen

Das WIK schlägt in seiner Studie vor, dass aus Kostengründen immer die nächstgelegene Glasfaserinfrastruktur gewählt werden soll<sup>4</sup>. Dieser Vorschlag betrachtet dabei allerdings lediglich die Kosten, die für den geförderten Zugang zwischen dem Standort und dem Übergabepunkt entstehen. In einer Gesamtkostenbetrachtung spielen - wie gerade dargelegt - aber vor allem die

---

<sup>4</sup> WIK, Studie über Überlassungsentgelte und Übergabepunkte (S. 28)

Kosten des Mobilfunknetzbetreibers für die Anbindung des Übergabepunktes an sein eigenes Netz eine entscheidende Rolle. Neben den rein durch die Überlassung dieser Anbindung entstehenden Kosten, hat der Mobilfunknetzbetreiber aber auch erhebliche administrative Aufwände und einmalige Kosten, die bei der Festlegung des Übergabepunktes nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

Die mit der Durchführung des Vorverfahrens beauftragte Stelle sollte bei der Wahl des Übergabepunktes deshalb auch nicht allein auf FTTH/FTTB-Netze fokussieren. Bekannterweise ist der FTTH / FTTB-Ausbau in Deutschland noch nicht sehr weit fortgeschritten und entsprechende Netze sind „selten“ vorhanden. Allerdings gibt es einen deutlich flächendeckenderen Glasfaserausbau, welcher aus anderen Maßnahmen (z. B. geförderter oder eigenwirtschaftlicher FTTC-Ausbau) hervorgegangen ist und der in vielen Fällen einen deutlich näheren Übergabepunkt ermöglicht. Dies dürfte für die Wahl eines Übergabepunktes ein kostensenkender Aspekt sein, der die Anbindung der Mobilfunknetzbetreiber erleichtern kann. Liegt der Übergabepunkt in einem Glasfasernetz, welches weder durch den Standortbetreiber noch durch den Mobilfunknetzbetreiber betrieben wird, muss zunächst ein entsprechender Zugang mit dem Glasfasernetzbetreiber vereinbart werden. Dies sollte Bestandteil der Aufgaben des Standortbetreibers entsprechend den Vorgaben zum Übergabepunkt sein. Die mit der Durchführung des Förderprogramms beauftragte Stelle kann und sollte jedoch bereits vor der Ausschreibung hierzu auch einen Vorvertrag mit dem Glasfasernetzbetreiber über mögliche Konditionen für den Zugang schließen oder mindestens vorbereiten. Dabei ist vorab zu prüfen, dass die notwendigen Kapazitäten (bis zu 24 Fasern je MNO, siehe WIK-Studie) durch das Drittnetz bis zum Netz des Mobilfunknetzbetreibers geschaltet werden können. In vielen Fällen wird dieser Glasfaserschaltweg nicht ausschließlich über geförderte Infrastruktur möglich sein, weil die geförderten FTTH-Netze i. d. R. kein großflächig zusammenhängendes Netz ergeben, über welches das Glasfasernetz des Mobilfunknetzbetreibers erreicht werden kann.

Sehr viele Unternehmen engagieren sich im (geförderten) FTTH/FTTB-Ausbau. Für die Mobilfunknetzbetreiber oder die Standortbetreiber bedeutet eine beliebige Wahl des nächstgelegenen Glasfasernetzes, dass sie mit vielen Betreibern entsprechende Anmietverträge abschließen müssen und die sich daraus ergebenden operativen Schnittstellen während der Nutzung der Anbindung (Entstörung, Abrechnung, SLA-Monitoring,...) bedienen müssen. Hierdurch werden entsprechende Prozesskosten generiert, welche für die einzelne Anbindung umso höher ausfallen, je kleiner die Anmietmenge ist. Um den administrativen Aufwand zu verringern, könnte in einem solchen Fall ein näher bei den Mobilfunknetzbetreibern gelegener Übergabepunkt und damit die weitreichendere Realisierung durch den Standortbetreiber die einzig attraktive Option aus Sicht des Mobilfunknetzbetreibers sein.

Es muss dem Mobilfunknetzbetreiber grundsätzlich auch möglich sein, den Übergabepunkt mit einem von ihm selbst neu gebauten Glasfaserkabel zu erschließen. Der Übergabepunkt muss deshalb entsprechend für den Mobilfunknetzbetreiber zugänglich sein.

Im Fall geförderter Netze gibt es hierfür auch grundsätzlich eine Verpflichtung, dass ein solcher Zugang gewährt werden soll. Wir stimmen dem WIK zu, dass aus wirtschaftlichen Gründen in **jedem Fall bestehende Faserverzweiger oder andere bestehende Zugangspunkte zum Netz genutzt werden sollten**. Der Neuaufbau von Verteilern für Übergabepunkte ist sowohl finanziell

als auch zeitlich extrem aufwendig. Kosten für einen solchen Neuaufbau müssten dem Glasfasernetzbetreiber entsprechend erstattet werden und wären in diesem Fall vom Standortbetreiber mit zu tragen. In einem solchen Fall müssten die entsprechenden Kosten als Bestandteil der Förderung betrachtet werden.

Neben vertraglichen Regelungen zum Übergabepunkt selbst müssen die beteiligten **Mobilfunknetzbetreiber - sofern der Übergabepunkt nicht in ihrem eigenen Netz liegt - mit einem Glasfasernetzbetreiber einen Vertrag über den Transport des Verkehrs** über passive oder aktive Produkte abschließen. Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass dies bereits zum Zeitpunkt des Vorvertrags parallel vereinbart werden muss, wenn der Mobilfunknetzbetreiber die ihm tatsächlich entstehenden Kosten für die Anbindung des Übergabepunktes abschätzen will. Da **diese Leistung ca. 1/3 der Kosten ausmacht**, dürfte dies eine wesentliche Voraussetzung für den Abschluss des Vorvertrags sein. Da entsprechende Verträge aber nur für den Fall zustande kommen sollen, in dem die zunächst geplanten Übergabepunkte auch tatsächlich realisiert werden, muss der Mobilfunknetzbetreiber entsprechend bedingte Verträge abschließen können. Für den Fall, dass sich im Rahmen des eigentlichen Förderverfahrens Änderungen am im Vorvertrag vereinbarten Übergabepunkt ergeben, muss dem Mobilfunknetzbetreiber ein Rücktrittsrecht ohne entsprechende Vertragsstrafen zustehen. Aufwände, die dem Mobilfunknetzbetreiber durch entsprechende Änderungen nach Abschluss des Vorvertrags entstehen, müssen vom Förderprogramm ggf. ersetzt werden.

Um den so entstehenden administrativen Aufwand zu begrenzen, sollten bereits **bestehende vertragliche Vereinbarungen zwischen den jeweiligen Mobilfunknetzbetreibern und entsprechenden Festnetzanbietern mitgenutzt** werden. Dies könnte auch ein Grund sein, ggf. den Übergabepunkt nicht im nächstgelegenen, sondern im – in einer Gesamtbetrachtung - kostengünstigsten erreichbaren Glasfaserfestnetz zu realisieren. Da es sich bei diesen Verträgen für die Abführung des Verkehrs vom Übergabepunkt zum Netz des Mobilfunknetzbetreibers nicht um regulierte Leistungen handelt, sollten die Möglichkeiten für entsprechende Vertragsgestaltungen nicht Bestandteil der Förderbedingungen sein. Soweit geförderte Netze betroffen sind, ergeben sich entsprechende Regelungen bereits aus den jeweiligen Festnetzförderbedingungen. Die Anwendung von Preisen für regulierte Vorleistungen zur Anbindung von KVz ist jedoch nicht richtig. Die Preise bilden die Kostensituation ausschließlich für Leerrohre und unbeschaltete Glasfasern unter den regulierten Vertragsbedingungen ab (u. a. Strecke zwischen KVz und HVt, keine Teilaustiege usw.). Die hier in Frage kommenden Produkte haben ggf. deutlich komplexere Realisierungsbedingungen, da sie in der Regel eben gerade nicht in einem für viele Teilnehmer bereits erschlossenen Bereich liegen. Gleiches gilt für regulierte Mietleitungsprodukte. Aus diesem Grund können die pauschal für ein klar definiertes, reguliertes Produkt festgelegten Entgelte nicht auf die heterogene Situation der hier relevanten unregulierten Produkte angewendet werden. Vielmehr müssen in diesem **unregulierten Markt kommerziell verhandelte Entgelte zum Tragen kommen**. Dies gilt entsprechend der dort festgelegten Rahmenbedingungen auch für geförderte Glasfaserfestnetze.

Unrealistisch ist die Annahme des WIK, zusätzlich auch noch die Bauarbeiten für geförderte Festnetzbestandteile und geförderte Mobilfunknetzbestandteile zu koordinieren. Eine Verzahnung mit Festnetzförderprogrammen oder -projekten ist abzulehnen. Sie würde die ohnehin schon

großen Komplexitäten von Festnetz- und Mobilfunkförderung weiter erhöhen, und im Zweifel den weiteren Ausbau von Fest- und Mobilfunknetzen eher verlangsamen als beschleunigen. So kann es nicht erwünscht sein, dass ein geförderter FTTH-Ausbau sich z. B. durch langwierige Standortakquise- und Baugenehmigungsverfahren für den Mobilfunkausbau verzögert. Siehe hierzu bereits unsere Ausführungen im Rahmen der Stellungnahme der Deutschen Telekom zum Entwurf der Förderrichtlinie vom 31.8.2020.

---

c) Zusammenfassung technischer Anforderungen an den Übergabepunkt

Zusammenfassend sollte die Anbindung zwischen Mobilfunkstandort und den Mobilfunknetzbetreibern folgendermaßen technisch realisiert werden:

Die Mobilfunknetzbetreiber benennen die gewünschten Übergabepunkte zu ihrem Netz im Vorverfahren. Zwischen dem Mobilfunkstandort und diesen Übergabepunkten sollte idealerweise eine unbeschaltete Glasfaser vom Standortbetreiber bereitgestellt (z.B. 4 Fasern je Mobilfunknetzbetreiber). Der Übergabepunkt kann auch ein Standort in einem PoP (Point of Presence) im Netz des Mobilfunknetzbetreibers sein oder ein PoP im Netz eines anderen Netzbetreibers, mit dem der Mobilfunknetzbetreiber eine vertragliche Vereinbarung schließt. In diesem Fall sollte der Mobilfunknetzbetreiber bzw. sein Partner die Infrastruktur des Übergabepunktes stellen (Gehäuse, Gebäude, Rack,...). Der Standortbetreiber bzw. dessen Vertragspartner setzen dann einen Abschluss (z.B. eine Spleißbox oder einen Wandverteiler). Sollte eine Muffe als Übergabepunkt dienen, übernehmen der Mobilfunknetzbetreiber oder sein Vertragspartner das Spleißen. Dies muss von Standort zu Standort individuell mit dem Mobilfunknetzbetreiber festgelegt werden.

Für die Bereitstellung und den „Betrieb“ der Fasern zwischen dem Sendemast und den Übergabepunkten der Netzbetreiber ist der Standortbetreiber zuständig und kann die dafür entstehenden Kosten als Bestandteil der Wirtschaftlichkeitslücke im Rahmen seines Angebotes berücksichtigen. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Standortbetreiber selbst eigene neue Leitungen verlegt, auf bestehende geförderte oder eigenwirtschaftlich errichtete Glasfasernetze zurückgreift.

Aus technischen Gründen müssen die Übergabepunkte nah beim Sendemast liegen (Kriterien zu definieren als max. Entfernung von x km, in Ortschaft y). Ab dem vereinbarten Übergabepunkt zu den Mobilfunknetzbetreibern sind allein diese für den Transport des Verkehrs zuständig, ebenso für die Ende-zu-Ende Verbindungen auf den höheren Transportebenen vom Mobilfunkstandort bis zu den Kernnetzen (sozusagen die „Beleuchtung“ der Glasfasern ). Generell sollte der Übergabepunkt innerhalb einer größeren Ortschaft liegen und die Entfernung zum Funkstandort nicht mehr als x km betragen.

## 5. Möglichkeiten des Infrastruktur-Sharings

Vodafone, Telefonica und die Deutsche Telekom sind zur Erfüllung der Versorgungsaufgaben aus der Auktion 2019 auf Basis der sogenannten Anrechnungsklausel übereingekommen, dass sie

insbesondere entlang der Verkehrswege ein passives Network Sharing praktizieren werden. Darüber hinaus soll zur Behebung von Verbindungsabbrüchen und kleinen Versorgungslücken auch ein, bilaterales aktives Network Sharing eingesetzt werden.

Es zeigt sich allerdings, dass die Möglichkeiten derartiger Kooperationsansätze an ihre Grenzen stoßen und trotz aller Willensbekundungen aus Politik und BNetzA die wettbewerbsrechtlichen Grenzen derzeit sehr streng und eng gezogen werden und damit den Bemühungen der Netzbetreiber und der politischen Zielsetzung zu wider laufen. Die Telekom begrüßt die Möglichkeiten freiwilliger Kooperationen und eine hohe Flexibilität in dieser Hinsicht. Um daraus aber den entsprechenden Nutzen für die weitere Verbesserung der Mobilfunkversorgung ziehen zu können, braucht es ein klares Regelwerk und Planungssicherheit auf Seiten der Beteiligten, welches derzeit jedoch nicht gegeben ist.

Die Erfahrungen mit den überaus ambitionierten Versorgungsaufträgen aus der 5G-Auktion 2019 haben gezeigt, dass dadurch staatliche Unterstützungsprogramme massiv erschwert und nahezu unmöglich gemacht wurden. Insbesondere vor dem Hintergrund der Absicht der Politik, den Netzausbau in schwer erschließbaren Gebieten aktiv zu unterstützen, ist die resultierende Einschränkung der Handlungsoptionen für die Politik misslich.

Aus Sicht der Telekom sollte die Bundesnetzagentur im Vorfeld der kommenden Frequenzvergabe in enger Abstimmung mit dem BMVI und der Politik ein Gesamtkonzept entwickeln, welches auch die Förderbereitschaft und das Interesse von Bund und Ländern an Förderung berücksichtigt und dabei maßvoll, bedarfsgerecht und zielgerichtet wirkt.